

## Protokoll 17. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 3. Oktober 2018, 17.00 Uhr bis 19.47 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Peter Anderegg (EVP), Markus Baumann (GLP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Marcel Tobler (SP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2018/169](#) Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Monika Bättschmann (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2019
3. [2018/169](#) Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Ezgi Akyol (AL) für den Rest der Amtsdauer 2018/2019
4. [2018/172](#) GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Markus Kunz (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022
5. [2018/172](#) GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Mischa Schiow (AL) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022
6. [2018/350](#) \* Weisung vom 19.09.2018: FV  
Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2019
7. [2018/351](#) \* Weisung vom 19.09.2018: FV  
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)
8. [2018/352](#) \* Weisung vom 19.09.2018: FV  
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2019–2022
9. [2018/354](#) \* Weisung vom 19.09.2018: VHB  
Amt für Städtebau, privater Gestaltungsplan «Rafaelschule», Zürich-Hirslanden, Kreis 7

10.	<a href="#">2018/356</a>	* E	Postulat von Dr. Florian Blättler (SP) und Heidi Egger (SP) vom 19.09.2018: Reduzierung der Autoabstellplätze in der Blauen Zone der Grubenackerstrasse nach Aufhebung der Kleingärten an der Thurgauerstrasse	VSI
11.	<a href="#">2018/357</a>	* E	Postulat von Dr. Florian Blättler (SP) und Heidi Egger (SP) vom 19.09.2018: Sicherstellung der Zufahrt zur Grubenackerstrasse im Rahmen der Überbauung Thurgauerstrasse	VTE
12.	<a href="#">2018/358</a>	* E	Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Florian Utz (SP) vom 19.09.2018: Sicherstellung einer Wahlmöglichkeit betreffend mindestens einer warmen vegetarischen Mahlzeit in städtischen Kantinen und Restaurants	VGU
13.	<a href="#">2018/361</a>	* E	Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Guido Hüni (GLP) vom 19.09.2018: Systematische Erfassung und Reduzierung der Umweltauswirkung von Mahlzeiten in städtischen Kantinen und Restaurants	VGU
14.	<a href="#">2018/78</a>	* A	Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 28.02.2018: Vorlage eines Berichts zur Reorganisation der Verwaltung	STP
15.	<a href="#">2018/368</a>	* **	Interpellation der AL-Fraktion vom 24.09.2018: Verkauf der Liegenschaften der Förderstiftung der Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ), Vorgaben zur Bewirtschaftung der in die Stiftung eingebrachten Liegenschaften und Detailangaben zur Vergabe der Fördermittel sowie Hintergründe zur neuen Liegenschaftsstrategie und zu den Vorgaben für den Verkauf der Häuser	VSS
16.	<a href="#">2017/177</a>		Weisung vom 14.06.2017: Postulat von Daniel Regli und Stephan Iten betreffend Immobilien Stadt Zürich, Tätigkeitsbericht über die Praxis der Fremdmieten, Bericht und Abschreibung	VHB
17.	<a href="#">2017/434</a>		Weisung vom 06.12.2017: Immobilien Stadt Zürich, Leutschenbachstrasse 60/62, Thurgauerstrasse 11 und Wattstrasse 6, Quartiere Seebach und Oerlikon, Miete und Ausbau von Ersatzstandorten für Schutz & Rettung und die Dienstabteilung Verkehr, Objektkredit	VHB VSI
18.	<a href="#">2018/117</a>		Weisung vom 07.03.2018: Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion betreffend Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10»	VSI

- |     |                          |     |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |     |
|-----|--------------------------|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 19. | <a href="#">2018/221</a> |     | Dringliche Interpellation von Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 13.06.2018:<br>Formel-E-Rennen in der Innenstadt, Einschätzung der Eignung des Durchführungsorts und Voraussetzungen für eine erneute Bewilligung des Rennens sowie künftige Mitsprache der Anwohnerinnen und Anwohnern und des Gemeinderats | VSI |
| 20. | <a href="#">2018/145</a> | A/P | Dringliche Motion von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 11.04.2018:<br>Projektierungskredit für die Erweiterung des Schulhauses Allermoos                                                                                                                                                                              | VHB |
| 22. | <a href="#">2017/457</a> | E/A | Postulat von Thomas Schwendener (SVP) und Dr. Christoph Luchsinger (FDP) vom 13.12.2017:<br>Erlass der Gebühren und Bewilligungen für die politische Plakatierung acht Wochen vor Wahlen und Abstimmungen                                                                                                                                       | VHB |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

### 420. 2018/335 Ratsmitglied Claudia Simon (FDP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Claudia Simon (FDP 10) auf den 3. Oktober 2018 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

### 421. 2018/161 Postulat von Elena Marti (Grüne) und Anjushka Früh (SP) vom 18.04.2018: Bereitstellung einer Ersatzliegenschaft für das Projekt «Dosendealer/Verein Farben für Zürich»

Elena Marti (Grüne) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 24. Oktober 2018 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**422. 2018/381**  
**Erklärung der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 03.10.2018:**  
**Inhaftierte Co-Bürgermeisterin von Diyarbakir**

Namens der SP-, Grüne und AL-Fraktion verliest Muammer Kurtulmus (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Freiheit für die Co-Bürgermeisterin von Diyarbakir: Gültan Kışanak

Vor genau zwei Jahren im Oktober 2016 besuchte uns die Co-Bürgermeisterin von Diyarbakir Gültan Kışanak zusammen mit dem Co-Bürgermeister Firat Anlı und VertreterInnen ihrer Stadtverwaltung hier im Rat. Der Besuch stand im Kontext eines Postulats, das der Gemeinderat im März 2016 überwiesen hatte. Das Postulat wollte einen Prozess des Brückenschlagens zwischen Zürich und Diyarbakir in Gang setzen. Die Delegation besuchte verschiedene Verwaltungsstellen und traf sich mit Stadtpräsidentin Corine Mauch zu einem Gedankenaustausch.

Das Brückenschlagen wurde aber durch die Verhaftung von Gültan Kışanak, zehn Tage nach ihrer Rückkehr, jäh unterbrochen. Sie sitzt seither in Untersuchungshaft. Bisher durfte Gültan Kisanak an keinem Prozessstag persönlich teilnehmen und sie musste ihre Verteidigung ausschließlich per Video machen. Am 8. Oktober soll der Prozess weitergeführt werden. Die Staatsanwaltschaft fordert 49 Jahre Gefängnis für die Co-Bürgermeisterin. Gültan Kışanak ist eine von vielen kurdischen PolitikerInnen, die derzeit mit absurden Vorwürfen im Gefängnis sitzen. Sie alle hatten sich aktiv für eine politische Lösung des langjährigen Konflikts in den kurdischen Gebieten eingesetzt und sich für Demokratie und Autonomie stark gemacht. Deshalb sind sie verhaftet worden und sehen sich jetzt mit dem Vorwurf des Terrorismus konfrontiert.

Gültan Kışanak war schon während der Militärdiktatur und in den Jahren danach aus politischen Gründen wiederholt zu langen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Gültan Kisanak vertritt ihre politische Überzeugung entschieden, aber mit demokratischen Mitteln. Deshalb wurde sie als Abgeordnete ins türkische Parlament und 2014 von der Bevölkerung in Diyarbakir mit überwältigender Mehrheit zur Co-Bürgermeisterin gewählt. Der Prozess gegen sie wird aus politischen Gründen geführt und entbehrt jeder Grundlage. Aber es ist zu befürchten, dass sie erneut zu langen Haftstrafen verurteilt wird.

Wir haben Gültan Kışanak als offene, an unseren demokratischen Prozessen interessierte Politikerin und als engagierte Frau kennengelernt. Wir verurteilen das Vorgehen der türkischen Justiz gegen Frau Gültan Kışanak und fordern ihre umgehende Freilassung sowie ihre Wiedereinsetzung als Co-Bürgermeisterin von Diyarbakir.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, jetzt möchten wir Gültan Kışanak noch direkt, auf türkisch ansprechen.

Sevgili Gültan Kışanak, seçilmiş bir politikacı olarak yaptığınız faaliyetlerinizden ötürü yaklaşık 2 yıldır cezaevinde oluşunuzu ve 49 yıl hapis cezasıyla yargılanmanızı, Zürich şehri parlamentosunda temsil edilen 3 Parti, Alternatifliste, Sosyal Demokrat Parti ve Yesiller Partisi olarak şiddetle kınıyor ve sizin derhal serbest bırakılıp, Diyarbakir halkının büyük çoğunluğuyla seçildiğiniz Diyarbakir belediye başkanlığı görevine iade edilmenizi talep ediyoruz. Uğrunda büyük bedeller ödediğiniz politik mücadelenizi, en yakın zamanda özgür bir yurttaş olarak sürdürebilmeniz umuduyla, Hoşça kalın.

Übersetzung vom türkischen Teil

Liebe Gültan Kisanak, dass Sie als gewählte Politikerin seit 2 Jahren inhaftiert sind und für Ihre politischen Aktivitäten eine 49 jährige Haftstrafen verlangt wird, verurteilen wir scharf. Wir fordern Ihre umgehende Freilassung sowie ihre Wiedereinsetzung als Co-Bürgermeisterin von Diyarbakir. Wir hoffen sehr, dass Sie Ihre politischen Aktivitäten, wofür Sie jahrelange Gefängnisstrafen hinnehmen mussten, bald als freie Bürgerin weiterführen dürfen. Leben Sie wohl.

**423. 2018/382**  
**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 03.10.2018:**  
**Holzschlag am Denzlerweg**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Massiver Eingriff am Uetliberg – Das ist nicht nachhaltige Forstwirtschaft!

Am Uetliberg will Grün Stadt Zürich 2100 gesunde Bäume fällen. Der Axt weichen müssen insbesondere ältere Bäume, was umso stossender ist, sind doch gerade ältere Bäume mit ihrem grossen Grünvolumen sehr wertvoll in unseren Wäldern. Die Begründung von Grün Stadt Zürich für den Holzschlag am Denzlerweg überzeugt überhaupt nicht.

Die geplante grossflächige Baum-Fäll-Aktion von Grün Stadt Zürich entlang des Denzlerwegs am Uetliberg ist absolut unverantwortlich. 2100 Bäume, ein Fünftel des gesamten Bestandes, sollen gefällt werden. Dabei müssen vor allem ältere Bäume weichen. Diese Bäume, mehrheitlich gesunde Buchen, müssen weg, damit gemäss Grün Stadt Zürich «der Wald seine Schutzfunktion behält». Die Grünen protestieren vehement gegen diesen geplanten Kahlschlag.

Buchen sind Bäume, die gut und gern bis zu 200 Jahre alt werden, es gibt keinen Grund, sie schon früher zu fällen. Die gekennzeichneten Buchen sind aber im Durchschnitt erst rund 80 Jahre alt. Sie sind weder krank, noch eine Gefahr für die Leute, die regelmässig den Denzlerweg benutzen. Auch die Gefahr von Schlammlawinen, die erwähnt wird, ist vor allem unnötige Angstmacherei und ziemlich weit hergeholt. Grün Stadt Zürich lässt denn auch durchblicken, dass finanzielle Überlegungen für den grossflächigen Kahlschlag gesprochen hätten. Unverständlich ist zudem, dass auch besonders geschützte Eiben von der Fällaktion betroffen sind.

Stossend ist auch die Tatsache, dass das betroffene Gebiet gemäss Uetliberg-Schutzverordnung in der Waldschutzzone IVA (Natur) liegt. Wir finden es unverantwortlich, dass gerade in einer solchen Zone Bäume aus wirtschaftlichen Gründen gefällt werden. Wir erwarten insbesondere im betroffenen Gebiet einen naturnahen und respektvollen Umgang mit alten Bäumen. Von einer naturgerechten Auslichtung kann bei 2100 betroffenen Bäumen nicht mehr gesprochen werden. Gerade ältere Bäume sind wichtig für die Biodiversität wie auch für ein gesundes lokales Klima.

Diese Fällaktion erinnert an den Fall Lettendamm, wo 60 gesunde Bäume weichen mussten – ebenfalls mit der fadenscheinigen Begründung, die Sicherheit sei nicht mehr gewährleistet. Wir erwarten von Grün Stadt Zürich, dass diese Fällung am Uetliberg sofort gestoppt wird, und dass die betroffene Zone als Waldschutzzone respektiert wird. Es würde der Stadt Zürich gut anstehen, einen naturnahen Umgang mit den Stadtzürcher Wäldern und mit alten Bäumen zu pflegen, so wie es in der Verwaltungsverordnung über die naturnahe Pflege und Bewirtschaftung auch vorgesehen ist.

## G e s c h ä f t e

### 424. 2018/169 Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Monika Bättschmann (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018/2019

Es wird mit Wirkung ab 3. Oktober 2018 gewählt:

Markus Kunz (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

### 425. 2018/169 Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Ezgi Akyol (AL) für den Rest der Amtsdauer 2018/2019

Es wird mit Wirkung ab 3. Oktober 2018 gewählt:

Mischa Schiwow (AL)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

- 426. 2018/172**  
**GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Markus Kunz (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022**
- Es wird mit Wirkung ab 3. Oktober 2018 gewählt:
- Monika Bättschmann (Grüne)
- Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte
- 427. 2018/172**  
**GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Mischa Schiow (AL) für den Rest der Amtsdauer 2018–2022**
- Es wird mit Wirkung ab 3. Oktober 2018 gewählt:
- Natalie Eberle (AL)
- Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte
- 428. 2018/350**  
**Weisung vom 19.09.2018:**  
**Finanzverwaltung, Aufnahme von Anleihen und Darlehen sowie Ausgabe von Kassenscheinen im Jahr 2019**
- Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 1. Oktober 2018
- 429. 2018/351**  
**Weisung vom 19.09.2018:**  
**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)**
- Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 1. Oktober 2018
- 430. 2018/352**  
**Weisung vom 19.09.2018:**  
**Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2019–2022**
- Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 1. Oktober 2018
- 431. 2018/354**  
**Weisung vom 19.09.2018:**  
**Amt für Städtebau, privater Gestaltungsplan «Rafaelschule», Zürich-Hirslanden, Kreis 7**
- Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 1. Oktober 2018

**432. 2018/356****Postulat von Dr. Florian Blättler (SP) und Heidi Egger (SP) vom 19.09.2018:  
Reduzierung der Autoabstellplätze in der Blauen Zone der Grubenackerstrasse  
nach Aufhebung der Kleingärten an der Thurgauerstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**433. 2018/357****Postulat von Dr. Florian Blättler (SP) und Heidi Egger (SP) vom 19.09.2018:  
Sicherstellung der Zufahrt zur Grubenackerstrasse im Rahmen der Überbauung  
Thurgauerstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Schick (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**434. 2018/358****Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Florian Utz (SP) vom 19.09.2018:  
Sicherstellung einer Wahlmöglichkeit betreffend mindestens einer warmen vegetarischen Mahlzeit in städtischen Kantinen und Restaurants**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Elisabeth Schoch (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**435. 2018/361****Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Guido Hüni (GLP) vom 19.09.2018:  
Systematische Erfassung und Reduzierung der Umweltauswirkung von Mahlzeiten in städtischen Kantinen und Restaurants**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Umwelt- und Gesundheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Elisabeth Schoch (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**436. 2018/78**  
**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 28.02.2018:**  
**Vorlage eines Berichts zur Reorganisation der Verwaltung**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 26. September 2018 (vergleiche Beschluss-Nr. 393/2018)

Die Dringlicherklärung wird von 100 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**437. 2018/368**  
**Interpellation der AL-Fraktion vom 24.09.2018:**  
**Verkauf der Liegenschaften der Förderstiftung der Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ), Vorgaben zur Bewirtschaftung der in die Stiftung eingebrachten Liegenschaften und Detailangaben zur Vergabe der Fördermittel sowie Hintergründe zur neuen Liegenschaftsstrategie und zu den Vorgaben für den Verkauf der Häuser**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Christina Schiller (AL) vom 26. September 2018 (vergleiche Beschluss-Nr. 392/2018)

Die Dringlicherklärung wird von 65 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**438. 2017/177**  
**Weisung vom 14.06.2017:**  
**Postulat von Daniel Regli und Stephan Iten betreffend Immobilien Stadt Zürich, Tätigkeitsbericht über die Praxis der Fremdmieten, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Immobilien Stadt Zürich, Tätigkeitsbericht über die Praxis der Fremdmieten, wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2015/141, von Daniel Regli und Stephan Iten (beide SVP) vom 20. Mai 2015 betreffend Immobilien Stadt Zürich, Tätigkeitsbericht über die Praxis der Fremdmieten, wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Thomas Schwendener (SVP)



## Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

- Zustimmung: Thomas Schwendener (SVP), Referent; Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christian Monn (GLP), Andri Silberschmidt (FDP)
- Abwesend: Nicole Giger (SP), Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

- Zustimmung: Thomas Schwendener (SVP), Referent; Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christian Monn (GLP), Andri Silberschmidt (FDP)
- Abwesend: Nicole Giger (SP), Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Immobilien Stadt Zürich, Tätigkeitsbericht über die Praxis der Fremdmieten, wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2015/141, von Daniel Regli und Stephan Iten (beide SVP) vom 20. Mai 2015 betreffend Immobilien Stadt Zürich, Tätigkeitsbericht über die Praxis der Fremdmieten, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 10. Oktober 2018

**439. 2017/434**

**Weisung vom 06.12.2017:**

**Immobilien Stadt Zürich, Leutschenbachstrasse 60/62, Thurgauerstrasse 11 und Wattstrasse 6, Quartiere Seebach und Oerlikon, Miete und Ausbau von Ersatzstandorten für Schutz & Rettung und die Dienstabteilung Verkehr, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Aus- und Umbauten an der Leutschenbachstrasse 60/62 und Thurgauerstrasse 11 zur Nutzung als Ersatzstandorte für Schutz & Rettung und die Dienstabteilung Verkehr sowie für den Amortisationsbeitrag zugunsten der Asyl-Organisation Zürich wird ein Objektkredit von Fr. 3 282 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2017) und der Bauausführung.

2. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der MCH Messe Schweiz (Zürich) AG, Wallisellenstrasse 10, 8050 Zürich, einen Mietvertrag zur Unterbringung von Teilen von Schutz & Rettung und der Dienstabteilung Verkehr im Untergeschoss der Liegenschaft Messehalle 9, Thurgauerstrasse 11, 8050 Zürich, zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 162 358.– (einschliesslich Mehrwertsteuer), zuzüglich Nebenkosten von etwa Fr. 36 000.–, für 1675 m<sup>2</sup> Rohbaufläche abzuschliessen. Der Mietbeginn erfolgt per 1. Oktober 2018 und dauert fest bis 31. Dezember 2021.
3. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt bzw. die Liegenschaftenverwaltung aufgefordert, das Mietverhältnis ab 1. Januar 2022 zu gleichbleibenden Konditionen gemäss Ziff. 2 und unbefristet mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten auf Ende jeden Monats (ohne Dezember) als stadtinterne Überlassung fortzuführen.
4. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, im näheren Umfeld der Messehalle 9 zum gegebenen Zeitpunkt zusätzliche 13 Parkplätze anzumieten.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Thomas Schwendener (SVP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–4

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–4.

Zustimmung: Thomas Schwendener (SVP), Referent; Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christian Monn (GLP), Maria del Carmen Señorán (SVP), Andri Silberschmidt (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Aus- und Umbauten an der Leutschenbachstrasse 60/62 und Thurgauerstrasse 11 zur Nutzung als Ersatzstandorte für Schutz & Rettung und die Dienstabteilung Verkehr sowie für den Amortisationsbeitrag zugunsten der Asyl-Organisation Zürich wird ein Objektkredit von Fr. 3 282 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2017) und der Bauausführung.
2. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der MCH Messe Schweiz (Zürich) AG, Wallisellenstrasse 10, 8050 Zürich, einen Mietvertrag zur Unterbringung von Teilen von Schutz & Rettung und der Dienstabteilung Verkehr im Untergeschoss der Liegenschaft Messehalle 9, Thurgauerstrasse 11, 8050 Zürich, zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 162 358.– (einschliesslich Mehrwertsteuer), zuzüglich Nebenkosten von etwa Fr. 36 000.–, für 1675 m<sup>2</sup> Rohbaufläche abzuschliessen. Der Mietbeginn erfolgt per 1. Oktober 2018 und dauert fest bis 31. Dezember 2021.
3. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt bzw. die Liegenschaftenverwaltung aufgefordert, das Mietverhältnis ab 1. Januar 2022 zu gleichbleibenden Konditionen gemäss Ziff. 2 und unbefristet mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten auf Ende jeden Monats (ohne Dezember) als stadtinterne Überlassung fortzuführen.

4. Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, im näheren Umfeld der Messehalle 9 zum gegebenen Zeitpunkt zusätzliche 13 Parkplätze anzumieten.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 10. Oktober 2018 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 10. Dezember 2018)

#### 440. 2018/117

**Weisung vom 07.03.2018:**

**Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion betreffend Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10»**

Antrag des Stadtrats

1. Vom vorliegenden Bericht des Stadtrats über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat GR Nr. 2014/20 der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen betreffend Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10» wird als erledigt abgeschrieben.
3. Die thematisch verknüpften Postulate, GR Nr. 2000/249 (Empfehlung 7), von Rolf Kuhn und Renate Fässler betreffend Breitensteinstrasse und Strasse Am Wasser, Verbesserung der Sicherheit sowie GR Nr. 2012/99 (Empfehlung 6) von Gian von Planta und Guido Trevisan betreffend Einrichtung einer Begegnungszone mit Tempo 20 an der Regensdorferstrasse zwischen Brühlweg und Holbrigstrasse werden als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Simone Brander (SP)

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Die Weisung 2018/117 wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, dem Gemeinderat innert zwölf Monaten einen Projektierungskredit für einen Tunnel zur Entlastung des Kreis 10 zu unterbreiten (Empfehlung 2: Entlastung mittels Tunnel ab Europa-brücke).

Mehrheit:	Simone Brander (SP), Referentin; Vizepräsident Pascal Lamprecht (SP), Sarah Breitenstein (SP), Pablo Büniger (FDP), Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Eduard Guggenheim (AL), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Christoph Marty (SVP), Referent; Präsident Stephan Iten (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

- Zustimmung: Simone Brander (SP), Referentin; Vizepräsident Pascal Lamprecht (SP), Sarah Breitenstein (SP), Pablo Büniger (FDP), Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Eduard Guggenheim (AL), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Sven Sobernheim (GLP)
- Enthaltung: Präsident Stephan Iten (SVP), Christoph Marty (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 103 gegen 0 Stimmen (bei 16 Enthaltungen) zu.

## Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

- Zustimmung: Simone Brander (SP), Referentin; Präsident Stephan Iten (SVP), Vizepräsident Pascal Lamprecht (SP), Sarah Breitenstein (SP), Pablo Büniger (FDP), Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Eduard Guggenheim (AL), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Christoph Marty (SVP), Sven Sobernheim (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 118 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

## Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

- Zustimmung: Simone Brander (SP), Referentin; Präsident Stephan Iten (SVP), Vizepräsident Pascal Lamprecht (SP), Sarah Breitenstein (SP), Pablo Büniger (FDP), Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Eduard Guggenheim (AL), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Res Marti (Grüne), Christoph Marty (SVP), Sven Sobernheim (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom vorliegenden Bericht des Stadtrats über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10» wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat GR Nr. 2014/20 der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen betreffend Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Mitwirkungsprozess «Verkehr Kreis 10» wird als erledigt abgeschrieben.
3. Die thematisch verknüpften Postulate, GR Nr. 2000/249 (Empfehlung 7), von Rolf Kuhn und Renate Fässler betreffend Breitensteinstrasse und Strasse Am Wasser, Verbesserung der Sicherheit sowie GR Nr. 2012/99 (Empfehlung 6) von Gian von Planta und Guido Trevisan betreffend Einrichtung einer Begegnungszone mit Tempo 20 an der Regensdorferstrasse zwischen Brühlweg und Holbrigstrasse werden als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 10. Oktober 2018

- 441. 2018/221**  
**Dringliche Interpellation von Anjushka Früh (SP), Luca Maggi (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 13.06.2018:**  
**Formel-E-Rennen in der Innenstadt, Einschätzung der Eignung des Durchführungsorts und Voraussetzungen für eine erneute Bewilligung des Rennens sowie künftige Mitsprache der Anwohnerinnen und Anwohnern und des Gemeinderats**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 743 vom 5. September 2018).

Anjushka Früh (SP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

- 442. 2018/145**  
**Dringliche Motion von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 11.04.2018:**  
**Projektierungskredit für die Erweiterung des Schulhauses Allenmoos**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3948/2018).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Vera Ziswiler (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Projektierungskredit für die Erweiterung/Ersatzneubau des Schulhauses Allenmoos um mindestens 6 Klassen zu unterbreiten, z.B. beim Standort des jetzigen Hortgebäudes. Diese Erweiterung / der Ersatzneubau berücksichtigt die Gesamtsituation im Quartier Unterstrass und trägt zur nachhaltigen Lösung in der Schulraumplanung bei.

Matthias Probst (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden und nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die geänderte Dringliche Motion wird mit 89 gegen 13 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

- 443. 2017/457**  
**Postulat von Thomas Schwendener (SVP) und Dr. Christoph Luchsinger (FDP) vom 13.12.2017:**  
**Erlass der Gebühren und Bewilligungen für die politische Plakatierung acht Wochen vor Wahlen und Abstimmungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Thomas Schwendener (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3598/2017).

Matthias Probst (Grüne) begründet den von Markus Kunz (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 10. Januar 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 50 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### **444. 2018/383 Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 03.10.2018: Schaffung eines Angebots an Waldkindergärten in allen Schulkreisen der Stadt**

Von der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion ist am 3. Oktober 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in allen sieben Schulkreisen der Stadt Zürich gewisse Kindergartenklassen zu einem Mindestanteil von 50% nach dem Prinzip des Waldkindergartens geführt werden können. Dabei soll die Bevölkerung in allen Stadtkreisen gleichermaßen Zugang zu diesem Angebot haben. Die Waldkindergärten sollen regelmässig evaluiert werden.

Begründung:

Seit einigen Jahren erfreuen sich Waldkindergärten einer immer grösseren Beliebtheit – bei Kindern und ihren Eltern. Zu jeder Jahreszeit und bei jedem Wetter lernen und spielen die Kinder im Wald. Dabei werden sämtliche Rahmenbedingungen des Lehrplans 21 eingehalten und die Tagesstrukturen ausserhalb der regulären Unterrichtszeiten sind gewährleistet.

Waldkindergärten bieten gegenüber herkömmlichen Kindergärten einige interessante Aspekte: Die Bewegung in der Natur und die intensive Beschäftigung mit ihr fördern die körperliche, geistige und soziale Entwicklung der Kinder. Nach zwei Jahren Waldkindergarten erreichen die Kinder die Schulreife problemlos und können in die erste Klasse der Primarschule übertreten. Die Evaluation des 2016 im Schulhaus Manegg im Schulkreis Uto lancierten freiwilligen – und einzigen – Waldkindergartens bestätigt nicht nur den problemlosen Übertritt der Kindergartenkinder in die erste Klasse sondern auch, dass der Wald eine förderliche Lernumgebung darstellt, und dessen positive Auswirkungen auf die körperliche und persönliche Entwicklung der Kinder.

Zürich ist für Waldkindergärten auch aus topografischen Gründen geeignet: Rund ein Viertel der städtischen Gesamtfläche besteht aus Wald.

Mitteilung an den Stadtrat

### **445. 2018/384 Postulat von Monika Bättschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018: Schaffung einer Fachstelle für Altersfragen**

Von Monika Bättschmann (Grüne), Marion Schmid (SP) und 16 Mitunterzeichnenden ist am 3. Oktober 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert im Rahmen der geplanten Überprüfung/Überarbeitung der Alterstrategie zu prüfen, ob die Stadt Zürich eine Fachstelle für Altersfragen schaffen kann.

Begründung:

Die meisten Fragen, die das Altern in der Stadt betreffen, sind komplex und departementsübergreifend angelegt. In vielen Gemeinden im Kanton Zürich, sowie in den angrenzenden Kantonen, sind Fachstellen für Altersfragen (Altersbeauftragte/r) bereits eine Selbstverständlichkeit. Eine Fachstelle, wie sie es bereits zu anderen Themen gibt (Energie, Datenschutz, Velo, Sicherheit), wäre daher geeignet, um der Querschnittsfunktion gerecht zu werden. In diesem Stellenprofil würden Schnittstellen im Zusammenhang mit Stadt- / Quartierentwicklung, Mobilität, Wohnen im Alter, Pflege und Betreuung, Unterstützung und Entlastung, Gesundheit, Freiwilligen-Engagement beobachtet und gesteuert. Diese Fachstelle unterstützt die älteren Menschen, sodass sie möglichst lange, selbständig und selbstbestimmt leben können

Mitteilung an den Stadtrat

**446. 2018/385**

**Postulat von Eduard Guggenheim (AL), Sebastian Vogel (FDP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:  
Sichtbarmachung der ehemaligen Funktion des Fabrikkanals Spinnerei Manegg**

Von Eduard Guggenheim (AL), Sebastian Vogel (FDP) und 15 Mitunterzeichnenden ist am 3. Oktober 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Zuge der Sanierung und Revitalisierung des Fabrikkanals gemäss Weisung 2017/456 die ehemalige Funktion dieses Kanals als Energielieferant für diverse, jetzt verschwundene Fabrikanlagen beispielsweise mit einem Kunstwerk oder einem kleinen Wasserrad und eventuell der Einrichtung eines einfachen Spielplatzes für Kinder gezeigt werden kann.

Begründung:

Der in der Mitte des vorletzten Jahrhunderts angelegte Fabrikkanal entlang dem rechten Ufer der Sihl soll instandgesetzt werden. Heute läuft das Wasser dieses kilometerlangen und praktisch gefälllosen Kanals von der Stadtgrenze bei Adliswil bis in die Allmend Brunau oberhalb der genieteten Eisenbrücke über ein etwa zwei Meter hohes unbefestigtes Gefälle ungenutzt in die Sihl aus.

Um die ehemalige Bedeutung dieses für die Stadt Zürich bedeutenden Kanals im Zuge der Sanierungsarbeiten wieder sichtbar und erfahrbar zu machen, ist die Einrichtung eines kleinen Kinderspielplatzes mit einem Wasserrad oder einem Wasserspiel am Auslauf des Kanals sinnvoll.

Die Kosten dafür werden sich voraussichtlich im Rahmen von rund 1% der Gesamtkosten für die aufwendige und in jeder Hinsicht sinnvolle Instandstellung und Revitalisierung des ganzen Fabrikkanals bewegen, also in der Grössenordnung von vielleicht CHF 130'000.-. Sie sind damit jedenfalls zu rechtfertigen.

Mitteilung an den Stadtrat

**447. 2018/386**

**Postulat von Thomas Schwendener (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 03.10.2018:  
Erweiterung der Sportanlage Eichrain mit zusätzlichen Garderoben, Duschen und einer Flutlichtanlage**

Von Thomas Schwendener (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 3. Oktober 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Sportanlage «Eichrain» in Zürich-Seebach durch zusätzliche Garderoben mit Duschen für die Fussballspielenden und durch den Bau einer Flutlichtanlage für die sechs Tennisplätze optimaler genutzt werden kann. Zu prüfen ist auch, ob sich der Betrieb einer Tragluhalle für zwei der sechs Tennisplätze als sinnvoll erweist.

Begründung:

Sportvereine und Sporttreibende in der Stadt Zürich benötigen dringend Infrastruktur. Im Zuge des Bevölkerungswachstums der Stadt Zürich und den geplanten Umbauten in Zürich-Nord sind die Infrastrukturen

verschiedener Sportanlagen an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt oder werden nicht optimal genutzt, wie beispielsweise auf der Sportanlage «Eichrain».

Bei der damaligen Planung und bis zum Bau der Sportanlage «Eichrain» wurden beim Projekt wegen Spargründen Abstriche gemacht, was sich heute zeigt. So fehlt es im «Eichrain» für einen optimalen Spielbetrieb im Fussball an zwei Garderoben mit Dusche.

Auch die Tennisanlagen sind nicht optimal genutzt, da diese ohne Beleuchtung und noch auf Sand genutzt werden. Durch das Erstellen einer Flutlichtanlage und von Tennisplätzen für Allwetter könnten die Betriebszeiten verlängert und dadurch optimiert werden.

Gleichzeitig zu prüfen ist der Bau einer Traglufthalle für zwei Tennisplätze. Denn in den Wintermonaten fehlt es an gedeckten Tennisanlagen in der Stadt Zürich, wie dies in der Weisung 2018/102 Tennisanlage «Valsana» in Zürich-Affoltern nachzulesen ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**448. 2018/387**

**Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Isabel Garcia (GLP) und 15 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:**

**Schaffung eines Lehrstellenverbunds im Ausbildungsbereich Pflege und Betreuung**

Von Marcel Bührig (Grüne), Isabel Garcia (GLP) und 15 Mitunterzeichnenden ist am 3. Oktober 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Bereich der praktischen Ausbildung von Pflege und Betreuung die Studierenden HF und Lernenden Fachperson Gesundheit / Fachperson Betreuung durch eine Verbundlösung Gelegenheit erhalten, ihre erlernten Fertigkeiten (Skills) in weiteren Betrieben gezielt anzuwenden.

Begründung:

Studierende in der Ausbildung zur Diplomierten Pflegefachperson HF, Lernende Fachperson Gesundheit (FaGe) und Lernende Fachperson Betreuung (FaBe) haben - insbesondere wenn sie ihre Ausbildung in einer Institution der Langzeitpflege absolvieren – oftmals zu wenig Gelegenheit, im Alltag die erlernten Skills, beispielsweise in der Medizinaltechnik, in ihren Betrieben anzuwenden. Studierende und Lernende im Akutspital ihrerseits sind zu wenig vertraut mit den Anforderungen in der Begleitung, Betreuung und Pflege von Bewohnenden in der Langzeitpflege.

Der Einblick in verschiedene Arbeitsfelder der Gesundheitsversorgung (Akutspital und Institutionen der Langzeit) ist wichtig für eine qualifizierte fachliche und kulturelle Grundausbildung. Er fördert die Wertschätzung und das Verständnis für die verschiedenen Ansprüche der diversen Bereiche der Betreuung und Pflege.

Erfahrung aus anderen Bereichen zeigen, dass Verbundlösungen - wie z. B. in der kaufmännischen Berufsausbildung existieren ein bewährtes Mittel sind, um den Lernenden eine breite Ausbildung zu ermöglichen. Zudem versprechen wir uns bessere Chancen für den Verbleib im Beruf bzw. für die persönliche Weiterentwicklung.

Mitteilung an den Stadtrat

**449. 2018/388**

**Postulat von Marcel Bührig (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:**

**Schaffung eines Stellenpools mit Pflegefachkräften für die Dienstabteilungen Alters- und Pflegezentren**

Von Marcel Bührig (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 13 Mitunterzeichnenden ist am 3. Oktober 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:



Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Gesundheits- und Umweltdepartement für die Dienstabteilungen Alterszentren (ASZ) und Pflegezentren Zürich (PZZ) ein Stellenpool mit Pflegefachkräften, d.h. diplomierten Pflegefachpersonen HF, Fachpersonen Gesundheit (FaGe) und Fachpersonen Betreuung (FaBe), aufgebaut werden kann.

Begründung:

Ausfälle im Pflege- und Betreuungsbereich der zwei Dienstabteilungen durch längere Absenzen infolge Krankheit, Unfall oder Schwangerschaft werden heute mit temporären Pflegefachkräften überbrückt. Dieses Vorgehen ist teuer, da hohe Vermittlungskosten für die Temporärfirmen anfallen. Eine temporäre Fachkraft verursacht beinahe das Doppelte an Kosten im Vergleich zu einer regulären Anstellung. Mit dem Aufbau eines Stellenpools könnten Ausfälle in der Betreuung und Pflege „departementsintern“ aufgefangen und überbrückt werden. Zudem könnte die Stadt Zürich das Personal des Betreuungs- und Pflegepools durch eigene gezielte Schulung auf die Erfordernisse und Bedürfnisse der Betriebe der Langzeitpflege und -betreuung, Bewohnenden etc. vorbereiten, was wiederum die Qualität der Betreuung und Pflege sichert (z. B. Umgang mit Demenz, Besonderheiten in der Betreuung im Langzeitbereich, Dokumentationssystem etc.). Und als weiterer positiver Nebeneffekt, könnten die Mitarbeitenden des Stellenpools auch bei kurzfristigen Ausfällen durch Krankheit / Unfall, die nicht vom Betreuungs- und Pflege-Team im Betrieb aufgefangen werden können, einspringen.

Mitteilung an den Stadtrat

**450. 2018/389**

**Postulat von Monika Bättschmann (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden vom 03.10.2018:**

**Anpassung der öffentlichen Sitzbänke an die Anforderungen Hindernisfreiheit und Alterstauglichkeit**

Von Monika Bättschmann (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 12 Mitunterzeichnenden ist am 3. Oktober 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die öffentlichen Sitzbänke der Stadt Zürich den Anforderungen an Hindernisfreiheit und Alterstauglichkeit angepasst werden können bzw. wie untaugliche Sitzbänke ersetzt werden können.

Begründung:

Viele der vorhandenen öffentlichen Sitzbänke entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen an Hindernisfreiheit und Alterstauglichkeit. Das Hinsetzen oder Aufstehen von diesen bereitet Älteren und Menschen mit eingeschränkter Mobilität Mühe. Zudem fehlen oftmals Armlehnen, an denen sie sich abstützen oder aufziehen könnten. Die Sitzbankhöhe, -tiefe und die Neigung der Rückenlehne sollten so gestaltet sein, dass das Hinsetzen und Aufstehen unterstützt wird.

Sitzbänke dienen nicht nur zum Verweilen, sie sind insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität wichtig, wenn sie z. B. auf den Bus / das Tram warten oder wenn sie unterwegs zu den öffentlichen Verkehrsmitteln sind. Der Aufenthalt im öffentlichen Raum und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben tragen bei Älteren und Menschen mit eingeschränkter Mobilität zudem zu ihrer Lebensqualität bei.

In der Stadt Bern wurde ein Prototyp entwickelt, der zurzeit erprobt wird. Sollte sich dieser bewähren, könnte dieses Modell unseres Erachtens auch in der Stadt Zürich eingesetzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**451. 2018/390**

**Postulat von Sven Sobernheim (GLP) und Dr. Christian Monn (GLP) vom 03.10.2018:**

**Unterstützung der Grundeigentümer zwischen dem Gestaltungsplangebiet «Thurgauerstrasse» und der SBB-Bahnlinie hinsichtlich der Aktivierung der BZO-Reserve in diesem Gebiet**

Von Sven Sobernheim (GLP) und Dr. Christian Monn (GLP) ist am 3. Oktober 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Grundeigentümer zwischen dem Gestaltungsplangebiet «Thurgauerstrasse» und der SBB- Bahnlinie dahingehend unterstützt werden können, dass sie gemeinsam Projekte entwickeln und damit die BZO-Reserve in diesem Gebiet aktivieren können.

Begründung:

Der Stadtrat hat mit den zwei Gestaltungsplänen «Thurgauerstrasse» ein Projekt erarbeitet, welches das Gebiet verdichtet und die BZO-Reserven aktiviert. Dabei hat er sich ausschliesslich auf sein eigenes Grundstück beschränkt und nicht versucht, die angrenzenden Parzellen in die Entwicklung mit einzubeziehen. Damit in diesem Bereich mittelfristig eine gelungene Gesamtkomposition entsteht, soll die Stadt die Grundeigentümer nach bestem Wissen unterstützen und aufzeigen, wie bestehende Reserven ausgeschöpft und gemeinsame Projekte entwickelt werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

**452. 2018/391**  
**Postulat von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Dr. Christian Monn (GLP) vom 03.10.2018:**  
**Optimierung der Hitzevorsorge bei der Entwicklung des Areals Thurgauerstrasse**

Von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Dr. Christian Monn (GLP) ist am 3. Oktober 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Hitzevorsorge bei der Entwicklung des Areals Thurgauerstrasse (Teilgebiete A und C-F sowie Teilgebiet B) optimiert werden kann.

Begründung:

Die Umweltvorschriften (Art. 35-40) der öffentlichen Gestaltungspläne Thurgauerstrasse "Teilgebiete A und C-F Wohnen/Gewerbe" sowie Art. 25-30 für das "Teilgebiet B Schule/Quartierpark" sehen diverse Massnahmen betreffend ökologische Begrünung, Versiegelungsgrad, Energiestandard und Regenwasserretention vor. Solche Massnahmen tragen u.a. auch zu einer Reduzierung des urbanen Wärmeinseleffekts bei.

Angesichts einer fehlenden Rechtsgrundlage im PBG können weitere Massnahmen jedoch nicht im Gestaltungsplan geregelt werden. Einige dieser möglichen Mittel sind die Verwendung von stark reflektierenden Oberflächenmaterialien (Albedo Effekt), Fassadenbegrünung, Ausbau von Kalt- und Frischluftschneisen etc. Hinzu kommen auch Massnahmen mit dem Ziel die Aufenthaltsqualität zu verbessern: Bäume als Schattenspender und „natürliche Klimaanlage“, künstliche Verschattung, Urban Wetlands und blau-grüne Infrastruktur zwecks Rückhaltung von Regenwasser und Erschaffung von Verdunstungsflächen etc.

Die durch den Klimawandel bedingten Auswirkungen von Hitzeperioden trifft bekanntlich besonders urbane Gebiete hart. Um den in den Gebäuden gespeicherten Wärmestau zu reduzieren, sind meist tiefgreifende Veränderungen in die Stadtstruktur erforderlich. Es ist daher besonders wichtig, bei der Entwicklung eines neuen Gebiets frühzeitig Hitzevorsorgemassnahmen zu berücksichtigen.

Mitteilung an den Stadtrat

**453. 2018/392**  
**Interpellation von Monika Bättschmann (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) vom 03.10.2018:**  
**Dienstleistungen und Angebote für ältere Menschen, Beurteilung der heutigen Situation mit den dezentralen Strukturen und den sich daraus ergebenden Doppelspurigkeiten sowie Beurteilung eines Pilotprojekts für die Erprobung einer integrierten gesundheitlichen und sozialen Versorgung und einer an den jeweiligen Sozialräumen ausgerichteten Organisation**

Von Monika Bättschmann (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) ist am 3. Oktober 2018 folgende Interpellation eingereicht worden:

Aktuell bieten einzelne Dienstabteilungen (z. B. die Stiftung Alterswohnungen, die Alterszentren, die Pflegezentren, SGD/Spitex) ihre Dienstleistungen für ältere Menschen stadtweit an. Sie sind von der Organisationsform her unabhängig voneinander und arbeiten mit auf die jeweilige Dienstabteilung beschränkten Prozessen. Dies führt dazu, dass die Dienstabteilungen nicht den Sozialraum der einzelnen Menschen im Fokus haben, sondern durch ihre gesamtstädtische Struktur geprägt sind. Das führt nicht zuletzt zu Überschneidungen und Doppelspurigkeiten, aber auch dazu, dass aus Sicht der Einwohnerinnen und Einwohner verschiedene Ansprechpartner für dasselbe Thema zuständig sind. Zwischen den Angeboten in den Quartieren fehlt die organisatorische Nähe und es mangelt an der Orientierung an den Bedürfnissen der älteren Menschen und an der Durchlässigkeit.

Ein gutes Beispiel ist das Thema Wohnen: Heute muss sich jemand bei der Stiftung Alterswohnungen anmelden, wenn er oder sie eine Alterswohnung will. Zu einem späteren Zeitpunkt muss man sich aber auch für ein Appartement in einem Alterszentrum anmelden, damit der Übergang von einer zur anderen Wohnform gewährleistet ist. Die Beratungsstelle Wohnen im Alter informiert und berät die Anfragenden zum Thema Wohnen im Alter, aber weitere Fragen oder Themen müssen dann bei einer anderen Beratungsstelle geklärt werden. Es ergäben sich enorme Vorteile, wenn in einer Anlaufstelle, die dezentral vorhanden sein muss, sämtliche weiteren Informations- und Beratungsbedürfnisse im Alter abgedeckt werden könnten, wie Gesundheit, Ernährung, Finanzberatung, Rechtsberatung, usw.

Eine an den jeweiligen Sozialräumen ausgerichtete Organisation der städtischen Altersangebote würde zu einer verbesserten Ausrichtung an den älteren Menschen in ihrem Lebensumfeld führen. Wir stellen uns dabei Einheiten in jedem Sozialraum, etwa pro Quartier vor, welche alle Angebote für ältere Menschen in der Stadt unter einem Dach vereinen und damit einen niederschweligen und nahen Zugang ermöglichen. Damit könnte nicht zuletzt dem Wunsch der älteren Bevölkerung, in ihrem gewohnten Umfeld alt zu werden und dort die nötige Unterstützung zu bekommen, Rechnung getragen werden.

Während sich bei der Stadt in dieser Richtung noch nicht viel tut, haben einige private Bauträger die Zeichen der Zeit etwas besser erkannt. Mittlerweile wird bei der Planung von grösseren Überbauungen daran gedacht, dem Gewerbe, Einkaufsmöglichkeiten, aber auch Angeboten des Service Public vor Ort einen Standort zu ermöglichen. Dieser Ansatz geht für uns in die richtige Richtung, aber noch viel zu wenig konsequent.

In einigen Gemeinden, auch im Kanton Zürich, sind z. B. Alterszentren tatsächlich als solche zu verstehen, weil u. a. das Wohnen im Alter durchlässig aus einer Hand angeboten wird, aber auch weitere Dienstleistungen, wie zu den Themen, Beratung, Gesundheit, Ernährung, Weiterbildung. So hat Horgen seit 1990 ein Zentrum «Alles aus einer Hand» erfolgreich installiert, das gut funktioniert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat zu den eingangs beschriebenen Sachverhalten?
2. Werden bei der Überarbeitung der Altersstrategie aus dem Jahre 2012 Überlegungen angestellt, wie die diversen Anlauf- und Beratungsstellen dezentral, zum Beispiel je Quartier, zu realisieren sind? Kann sich der Stadtrat vorstellen, bei der Überarbeitung der Strategie solche Strukturen, die auf Sozialräume ausgerichtet sind, als Raster zu verwenden?
3. Wie stellt sich der Stadtrat dazu, dass die Angebote für alte und betagte Menschen aus einer Hand angeboten werden? (One-Stop-Shop)
4. Wie stellt sich der Stadtrat zur Idee, eine solche Einrichtung im Sinne eines Pilotprojekts für die integrierte gesundheitliche und soziale Versorgung zu erproben?

Mitteilung an den Stadtrat

Die neun Postulate und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

#### 454. 2018/393

**Schriftliche Anfrage von Pascal Lamprecht (SP) vom 03.10.2018:**

**Mangel an Proberäumen für Musikerinnen und Musiker, Auflistung der bestehenden bekannten Räume, der Zulassungsbeschränkungen, Auflagen und Lärmklagen sowie Möglichkeiten für die Erweiterung und Bereitstellung von Proberäumen**

Von Pascal Lamprecht (SP) ist am 3. Oktober 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Zürich ist auf der Weltkarte der Musik, mit Ausnahmen, ein blinder Fleck. Gründe hierzu gibt es zahlreiche. Einer davon liegt im Mangel an Proberäumen in der Stadt Zürich.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Proberäume gibt es auf gesamten Stadtgebiet, welche dem Stadtrat bekannt sind? Von wie vielen MusikerInnen und von wie vielen Gruppen werden diese genutzt?
2. Lautstärkebedingt spielen die MusikerInnen meist in Kellern und/oder Garagen. Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, bisher brachliegende Keller, beispielsweise in Alterszentren, für MusikerInnen zu öffnen und somit allenfalls sogar generationenübergreifende Begegnungen zu fördern oder gewichtet der Stadtrat das allfällige Konfliktpotential höher? Gibt es bereits Erfahrungswerte und, falls ja, was sagen diese aus? Welche Möglichkeiten zu Bereitstellung von Proberäumen in diesem Zusammenhang sieht der Stadtrat?
3. Aus beruflichen und/oder familiären Gründen spielen MusikerInnen meist zu Randzeiten und/oder an Wochenenden. Sieht der Stadtrat in diesem Zusammenhang Möglichkeiten, das Angebot an Proberäumen in Schul- und Sportanlagen zu erweitern?
4. Gibt es Zulassungsbeschränkungen von MusikerInnen wie zum Beispiel Höchst- bzw. Mindestalter, Schulausweis der betroffenen Schule, Fähigkeitszeugnis für spezifische Musikräume, Mindestzahl an BenutzerInnen der Proberäume, Wohnortgebundenheit etc.? Falls ja, bitte ich um eine Aufschlüsselung, für welche Art von Proberäumen welche Kriterien gelten.
5. Wie viele Lärmklagen (z.B. wöchentlich) sind dem Stadtrat, bezogen auf Proberäume, bekannt?
6. Einige Luftschutzkeller stehen leer und können aufgrund feuerpolizeilicher Auflagen nicht als Proberäume genutzt werden. Gibt es, nebst den üblichen feuerpolizeilichen, auch musik-spezifische Auflagen für Proberäume? Falls ja, welches sind diese?
7. Gibt es Kooperationen betreffend Proberäumen mit Musikgeschäften? Falls ja, worin bestehen diese? Falls nein, weshalb nicht?
8. Sieht der Stadtrat die Bereiterstellung von Proberäumen (ohne musiktechnische Infrastruktur, kostendeckend) als Mittel mit geringem Aufwand die lokalen Bands der Stadt Zürich zu unterstützen? Falls ja, worin bestehen die Bestrebungen, den Mangel an Proberäumen aufzuheben? Falls nein, worin liegen die Gründe gegen dieses niederschwellige Fördermittel?

Mitteilung an den Stadtrat

#### 455. 2018/394

**Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP) und Corina Ursprung (FDP) vom 03.10.2018:**

**Einfluss städtischer Vorgaben und Ziele auf die Kosten der Stadtspitäler, Quantifizierung der Kosten im Rahmen der 2000-Watt-Ziele und weiterer reglementarischer Vorgaben der Stadt**

Von Elisabeth Schoch (FDP) und Corina Ursprung (FDP) ist am 3. Oktober 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Zusammenhang mit dem Thema der „gleichlangen Spiesse für die Stadtspitäler“ wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die Stadtspitäler gegenüber den anderen Spitälern benachteiligt sind – dies aufgrund der Auflagen bezüglich der 2000 Watt-Gesellschafts-Ziele wie auch der Reglemente der Stadtverwaltung. Weiter werden Benachteiligungen ins Feld geführt, welche aufgrund der Pflicht bestehen, städtische Anbieter ohne Gegenangebot berücksichtigen zu müssen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten, welche den Spitälern aufgrund der Anforderungen der 2000-Watt-Ziele auferlegt werden (in Bezug auf die Investitionen als auch als laufende Betriebskosten)? Bitte um tabellarische Aufstellung nach Objekt, Budgetposition sowie Nennung der Abteilung der Stadt, welche die Auflage verantwortet.
2. Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten, welche den Spitälern aufgrund der Verpflichtung entstehen, dass interne Stellen zu berücksichtigen sind? Bitte um tabellarische Aufstellung nach Budgetposition und Nennung der Abteilung der Stadt, welche die Auflage verantwortet.
3. Wie hoch sind die zusätzlichen Kosten, welche den Stadtspitälern aufgrund des städtischen Personalrechts entstehen? Wir bitten um eine Auflistung der Kosten pro Personalgruppe (Ärzte, Pflegendende, medizinisch-technisches Personal usw.) sowie Nennung der entsprechenden Vorschriften.

4. Aufgrund welcher weiteren städtischen Vorgaben entstehen den städtischen Spitälern gegenüber anderen Spitälern Benachteiligungen? Wir bitten um Nennung der Auflagen unter tabellarischer Aufstellung nach Budgetposition und Nennung der verantwortlichen Abteilung der Stadt, welche die Auflage verantwortet.

Mitteilung an den Stadtrat

**456. 2018/395**  
**Schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Kunz (Grüne)**  
**vom 03.10.2018:**  
**Pausenflächen bei den Schulanlagen, Umfang der realisierten und geplanten Aufstockungen bestehender Schulgebäude sowie Strategie zur qualitativen und quantitativen Erhaltung der Pausenflächen**

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Kunz (Grüne) ist am 3. Oktober 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Anzahl Schülerinnen und Schüler wächst in der Stadt Zürich in den nächsten Jahren weiterhin stark an, und ein Ende des Wachstums ist nicht absehbar. Die neuen Schulanlagen, die sich in Bau oder Planung befinden, reichen nicht aus, um alle zusätzlichen Schülerinnen und Schüler aufzunehmen. Damit genügend Schulraum jetzt und in Zukunft vorhanden ist, ist es notwendig, auf bestehenden Schulanlagen Erweiterungsbauten oder „Züri Modular“-Pavillons zu erstellen. Heute stehen 65 solche ZM-Pavillons auf Schularealen in der Stadt Zürich. In den nächsten Jahren werden weitere solche Pavillons aufgebaut und einige Erweiterungsbauten realisiert. Der grösser werdende Fussabdruck der Schulgebäude steht in Konkurrenz zu Pausenplätzen und Grünflächen, welche für die Kinder und Jugendlichen zur Erholung und Bewegung von grosser Bedeutung sind. Die Erhaltung der den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehenden Pausenfläche ist besonders im Hinblick auf das Projekt Tagesschule 2025 wichtig. Die flächendeckende Einführung des Tagesschulmodells hat zur Folge, dass an gewissen Tagen fast alle Kinder über Mittag auf dem Schulareal verweilen werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Die Aufstockung bestehender Gebäude (Schulhaus, Hortgebäude usw.) ist eine Möglichkeit, um mehr Schulraum zu schaffen, ohne die Pausenfläche absolut zu reduzieren. Welche Schulbauten wurden in den letzten 5 Jahren aufgestockt? Welche Aufstockungen sind im Bau oder in Planung? Wir bitten um eine Auflistung der betreffenden Schulanlagen und der Angabe der Anzahl zusätzlicher Unterrichtszimmer.
2. Wir bitten um eine ausführliche Darlegung der Gründe, weshalb auf Zürcher Schulanlagen selten Aufstockungen durchgeführt werden.
3. Welche Strategie wendet der Stadtrat an, damit auf den Schulanlagen die Pausenfläche qualitativ und quantitativ erhalten bleibt, wenn der Fussabdruck der Schulgebäude grösser wird?
4. Gemäss den kantonalen Empfehlungen für Schulhausanlagen vom 1. Januar 2012 soll ein Allwetterplatz/Hartplatz vorhanden sein und zusätzlich Pausenfläche, wobei der Richtwert für „Pausenfläche aussen“ 72 m<sup>2</sup> pro Klassenzimmer (und mindestens 600 m<sup>2</sup>) beträgt. Wird auf den Stadtzürcher Schulanlagen, auf denen ein ZM-Pavillon steht, dieser Richtwert eingehalten? Wir bitten um eine Liste derjenigen Schulanlagen, auf denen dieser Richtwert unterschritten wird. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, um auf diesen Schulanlagen die Situation für die Schülerinnen und Schüler zu verbessern?
5. Gemäss der Parkplatzverordnung ist es – gestützt auf ein Mobilitätskonzept – möglich, die Anzahl Auto-Parkplätze auf Schulanlagen zu reduzieren – zugunsten von Freiraum für die Schülerinnen und Schüler. Welche Schulen besitzen heute ein Mobilitätskonzept? Auf welchen Schulanlagen wurden oder werden Parkplätze reduziert zugunsten von Freiraum für die Schülerinnen und Schüler?

Mitteilung an den Stadtrat

**457. 2018/396**  
**Schriftliche Anfrage von Markus Kunz (Grüne) und Marcel Bührig (Grüne) vom 03.10.2018:**

**Werkstattgespräche im Rahmen einer Partizipation von älteren Menschen, Konzept, Ziele und Auswahl der Teilnehmenden bei den durchgeführten Gesprächsrunden sowie Berücksichtigung der sich daraus ergebenden Erkenntnisse in den politischen Prozessen**

Von Markus Kunz (Grüne) und Marcel Bührig (Grüne) ist am 3. Oktober 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Wir beziehen uns auf das Postulat aus dem Jahre 2011 zum Thema „Konzept zur Schaffung eines SeniorInnenrats“, eingereicht von Jürg Ammann und Ueli Nagel (beide Grüne), welches dem GUD zugewiesen wurde. Im Geschäftsbericht 2015, Seite 182 wurde in der Abschreibungsbegründung festgehalten, dass eine unbürokratische Variante in Form von Werkstattgesprächen, unter Mitwirkung von Akteur\*innen im Altersbereich, bevorzugt würde. 2017 und 2018 führte die damalig zuständige Stadträtin insgesamt zwei Gesprächsrunden durch. Dazu wurden von ihr ausgewählte ältere Menschen eingeladen und es wurde zu vorgegebenen Themen diskutiert (10.7.2017 zum Thema „Selbstbestimmtes Sterben“ und 13.2.2018 zum Thema „Soziales Engagement für ein würdiges Alter“).

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist ein Konzept für die „Werkstattgespräche“ vorhanden?  
 Wenn ja: was beinhaltet es im Detail?  
 Wenn nein: warum wurde kein Konzept mit klaren Zielen und Messgrössen erstellt?
2. Mit welchen Zielen wurden die „Werkstattgespräche“ durchgeführt und wie wurden diese Ziele erreicht?
3. Wie wurden die Teilnehmenden der zwei Gesprächsrunden ausgewählt? Waren die Teilnehmenden aus Sicht des Stadtrates repräsentativ für die ältere Bevölkerung in der Stadt Zürich?
4. Weshalb werden unter dem Titel Partizipation die Themen vorgegeben und nicht bei den Senior\*innen erfragt?
5. Was sind die Erkenntnisse aus den beiden durchgeführten Werkstattgesprächen? Wo und wie fliessen diese Erkenntnisse in die politischen Prozesse ein?
6. Welches wäre nach Ansicht des Stadtrates das optimale Gefäss, um die breit abgestützte Partizipation der älteren Menschen, auch von hochaltrigen, verletzlichen/pflegebedürftigen Menschen zu ermöglichen?
7. Ist der Stadtrat bereit, das Thema Partizipation der älteren Bewohner\*innen der Stadt Zürich in einer geeigneten Form (z. B. ein ständiges Gremium mit beratender Funktion, analog zum Ausländer\*innen-Rat) zu prüfen?
8. Welches ist aus Sicht des Stadtrates das geeignete Departement, um ein solches Gremium anzusetzen? Dies unter Berücksichtigung, dass die Altersthemen departementsübergreifend sind.

Mitteilung an den Stadtrat

**458. 2018/397**  
**Schriftliche Anfrage von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 03.10.2018:**

**Sicherung von qualitativ hochwertigen Grün- und Freiräumen, Möglichkeiten und Vorgaben bezüglich der Berücksichtigung einer ökologisch wertvollen Umgebungsplanung bei städtischen Bauprojekten sowie Beurteilung einer Vorgabe hinsichtlich eines Prozentsatzes der Bausumme für solche Massnahmen**

Von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 3. Oktober 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die bauliche Entwicklungstendenz der Stadt Zürich ist bekannt. Für ein nachhaltiges Stadtwachstum bedarf es freilich auch einer ausreichenden Versorgung von qualitativ hochwertigen Grün- und Freiräumen. Als Erholungsraum für die wachsende Bevölkerung erfüllen Freiräume soziale Funktionen. Gleichzeitig leisten sie in Städten mit Innenverdichtung einen eminent wichtigen Beitrag für das Stadtklima und die Stadtnatur. Entsprechend greift der kommunale Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen das

Thema auf, indem 40 Hektaren hierfür gewonnen und gesichert werden sollen. Zur Erreichung dieses Ziels sind z.T. auch private Freiräume (z.B. grössere Innenhöfe und begehbare Dachterrassen) vorgesehen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchem Rahmen wird bei städtischen Bauprojekten darauf geachtet, dass die Umgebungsplanung ökologisch wertvoll ist und allenfalls auch als Erholungsraum nutzbar gemacht werden kann? Bitte um Auflistung einiger repräsentativen Projekte.
2. Welche Mittel stehen zur Verfügung, um die ökologische Qualität der Umgebungsplanung von städtischen Bauprojekten zu gewährleisten?
3. Gibt es Vorgaben, bspw. von Grün Stadt Zürich, die zwingend einzuhalten sind? Wie ist die Mitarbeit von Grün Stadt Zürich innerhalb städtischer Bauvorhaben generell geregelt?
4. Wird bei den Investitionskosten die Umgebungsplanung (BKP 4) dahingehend berechnet, dass ökologische wertvolle Grünräume bzw. Freiräume und deren adäquate Bewirtschaftung sichergestellt werden?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Idee, analog zu «Kunst und Bau» bei Neubauten, Erweiterungen und Instandsetzungen einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Bausumme für die Erstellung von qualitativ hochwertigen Freiräumen und das Erschaffen einer ökologisch wertvollen Umgebungsplanung festzuschreiben?

Mitteilung an den Stadtrat

#### 459. 2018/398

##### **Schriftliche Anfrage von Eduard Guggenheim (AL) vom 03.10.2018: Einführung des 5G-Standards für Mobilfunkantennen, Planungsgrundlagen der Stadt für die Baugesuche sowie Prüfung alternativer Standorte im Zusammenhang mit dem Gesuch an der Rossbergstrasse 28**

Von Eduard Guggenheim (AL) ist am 3. Oktober 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit der Einführung des 5G-Standards für Mobilfunkantennen werden sich sehr rasch entsprechende Baugesuche häufen - und entsprechende Proteste. Aktuelles Beispiel ist ein Gesuch von 'Salt' für eine Antenne mitten in einem Wohnquartier an der Rossbergstrasse 28 in Zürich-Enge (vgl. Tages-Anzeiger vom 27. August 2018; Frontseite und Seite 13). Vierhundertfünfzig betroffene Anwohnende in direkter Nähe des geplanten Standortes wehren sich in der Zwischenzeit auch mit einer Petition gegen diese Antenne.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Der Kampf um Antennenstandorte wird zunehmen. Hat die Stadt ein Planungsmodell, damit ein eigentlicher Wildwuchs verhindert werden kann?
2. Existieren entsprechende Positiv- oder Negativlisten für Antennen- Standorte (Handyantennen-Verbotzonen)?
3. Falls das Kaskadenmodell in der Stadt Zürich nicht gilt: warum nicht? Und mit welcher Begründung?
4. Falls das Kaskadenmodell gilt: Wurde es im Fall Rossbergstrasse angewandt?
5. Welche alternativen Standorte wurden geprüft?
6. Wenn keine geprüft wurden (Frage 5): Warum nicht?
7. Für die Zurverfügungstellung von Antennen-Standorten werden jährliche Entschädigungen von bis zu Fr. 20'000.- Jahr entrichtet. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass nicht die erheblichen finanziellen Anreize für die Immobilienbesitzenden für die Wahl des Antennen-Standorts ausschlaggebend sind?

Mitteilung an den Stadtrat

**K e n n t n i s n a h m e n**

- 460. 2018/304**  
**Schriftliche Anfrage von Raphaël Tschanz (FDP) und Stefan Urech (SVP) vom 22.08.2018:**  
**Förderung der Biervielfalt in der Stadt, Auflistung der städtischen Gastrobetriebe ohne freie Wahlmöglichkeit für das Biersortiment sowie die vorgängig geprüften Alternativen**

Stefan Urech (SVP) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

- 461. 2018/12**  
**Weisung vom 17.01.2018:**  
**Tiefbauamt, Baulinie Edelweissstrasse, Festsetzung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 11. Juli 2018 ist am 17. September 2018 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. Oktober 2018.

- 462. 2018/212**  
**Weisung vom 06.06.2018:**  
**Stadtkanzlei, Neufestlegung der Anzahl Wahlbüromitglieder**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 11. Juli 2018 ist am 17. September 2018 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. Oktober 2018.

Nächste Sitzung: 24. Oktober 2018, 17 Uhr.